

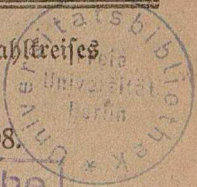
Vth 38/80/40008 (2)

Bureaucratismus und Kamarillaregierung oder demokratischer Parlamentarismus?

Rede des Reichstagsabgeordneten des 6. Berliner Wahlkreises

Georg Ledebour

in der Verfassungsdebatte am 2. Dezember 1908.



Masterfiche
vorhanden

Ledebour, Abgeordneter, Antragsteller: Meine Herren, ich möchte zunächst meinem Befremden Ausdruck geben, daß wir in so außerordentlich dürftiger Weise über das unterrichtet worden sind, was in Potsdam zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bülow und seinem Monarchen verhandelt worden ist. Als damals in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die bekannte Notiz erschien, rief deren merkwürdige diplomatische Stilfärbung überall arge Unklarheiten der Auffassung hervor. Auch meine beiden Vorredner sind über deren Bedeutung verschiedener Meinung. Bei Lesung jener Notiz dachte man zunächst: na, das ist so eine Verlegenheitsäußerung, die irgendein demnächst zu emeritierender Preßbeamter des Auswärtigen Amtes in die Presse gebracht hat, und meinte, der Reichskanzler werde die nächste Gelegenheit ergreifen, um hier im Reichstage klipp und klar Auskunft darüber zu geben, was das denn nun eigentlich bedeuten soll.

Der Herr Reichskanzler hätte ja sogar Gelegenheit gehabt, bei der Reichsfinanzreform über diese Frage zu sprechen. Aber auch da hat er sich ausgeschwiegen. Er hat uns über alle möglichen volkswirtschaftlichen Fragen unterhalten, worüber er sich offenbar einige Stunden vorher von irgendeinem Geheimrat hat informieren lassen. (Seiterkeit.) Ja, meine Herren, was der Herr Reichskanzler Fürst v. Bülow in Entwicklung seiner Spartheorie da sagte über die Franzosen als ein Rentnervolk, das er dem deutschen Volke zur Nachahmung anpries, das würde man selbst nicht einmal einem eben von der Universität kommenden Referendar verzeihen dürfen. Also wir haben auch bei jener Gelegenheit gar nichts zu hören bekommen über den Inhalt der Potsdamer Abmachungen, und heute erscheint nicht einmal der Herr Reichskanzler selbst, obgleich eine derjenigen Parteien, die ihn noch zu unterstützen behauptet, diese Frage auf die Tagesordnung gestellt hat, um sich zu verantworten und um Aufklärung zu geben. Er überläßt es dem Herrn v. Bethmann-Hollweg, a u s g e s u c h t dem Herrn v. Bethmann-Hollweg (große Seiterkeit), diesem zweifellos zu diplomatischen Geschäften immerhin brauchbaren Herrn, hier den Reichstag wiederum mit absolut nichtsagenden Reden hinzuhalten.

Was in aller Welt sagt denn die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“? Der Herr Dr. Müller-Meiningen, der noch optimi-

früher ist als der sonst wirklich nicht gerade pessimistische Herr Dr. Spahn, hat aus der Wendung, daß der Kaiser künftig seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin erblicken wird, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit zu sichern, die Hoffnung geschöpft, daß die maßgebenden Instanzen des Reichs den freisinnigen Verfassungsantrag ausüben würden. Ja, meine Herren, wenn Sie wirklich noch nicht aufgegeben haben, zu hoffen und zu harren, dann sind Sie in der Tat — unbelehrbar. (Geisterkeit.) Was ist denn mit jenen Worten gesagt? Doch weiter nichts, als daß es bei den bestehenden verfassungsmäßigen Zuständen bleiben soll, daß innerhalb der jetzt bestehenden verfassungsmäßigen Bestimmungen eine Stetigkeit der Politik durchgeführt werden soll, und unter Stetigkeit der Politik in diesem Zusammenhange kann man doch nur verstehen die Stetigkeit in der Fortführung der bisherigen Politik unter allenfallsiger Verzichtleistung auf gewisse ornamentale oratorische Zugaben (große Geisterkeit und Zurufe) — ja, meine Herren, so weit erkenne ich durchaus den guten Willen der beiden Herren an — unter Verzichtleistung auf gewisse ornamentale oratorische Zugaben, bei denen sich der Redner den Mund verbrannt hat. (Geisterkeit.) Aber für die Besserung unserer Zustände liegt darin absolut keine Gewähr, und deshalb ist es Wille des Reichstags, aufzutreten und zu sagen, was da geschehen kann und muß, damit der tiefgehenden Bewegung im Volke, die verlangt, daß das deutsche Volk als ein mündiges und nicht von Bureaukraten bevormundetes Volk behandelt werde, endlich Rechnung getragen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die geplante Mundtotmachung der Sozialdemokratie.

Ehe ich nun zu der Frage komme, was zu tun ist, möchte ich im Anschluß an eine Bemerkung des Herrn Dr. Müller-Meinigen einige Worte sagen. Er sagte mit Recht, daß in einer gewissen Presse — ich vermute, aus bloßfreundlichem Partgefühl nannte er nicht die konservative Presse — (Geisterkeit) direkt gegen die recht bescheidenen verfassungsmäßigen Bestrebungen der freisinnigen Partei gekehrt worden sei.

Außerdem ist auch noch versucht worden von diesen hervorragenden Organen der öffentlichen Meinung, hier die Bloßparteien scharf zu machen, damit sie doch bei dieser Beratung uns Sozialdemokraten möglichst mundtot machen. Es ist direkt gesagt worden, es sollte eventuell dem Redner nach dreimaligem Ordnungsruf das Wort entzogen werden. (Geisterkeit.) Ich sehe, daß einige der Herren hier auf der Rechten auch diese freundliche Absicht haben. Die Herren von der freisinnigen Partei können sich dafür bedanken, was man nach den bisherigen Erfahrungen ihnen überhaupt zuzutrauen wagt. (Geisterkeit.) Aber die Herren gehen bei ihren Plänen von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Nach den ausführlichen und gründlichen Erörterungen, die meine beiden Parteifreunde und, wie ich gern anerkenne, auch viele Redner der andern Parteien in der sogenannten Kaiserdebatte über die Neußerungen Kaiser Wilhelms II. gepflogen haben, — meine Herren, — wie sollte ich dazu kommen, heute das bis zum letzten Körnchen ausgedroschene leere Stroh noch weiter zu dreschen? (Große Geisterkeit.) Damit haben wir uns nun glücklicherweise nicht mehr zu beschäftigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jene Debatten haben doch wenigstens den einen Vorzug gehabt, daß sie dasjenige Maß seelischen Gleichmuts, das wir

Sozialdemokraten schon seit langer Zeit den Angriffen Kaiser Wilhelms II. uns gegenüber bewahrt haben, allmählich zum Gemeingut des deutschen Volkes und hoffentlich auch zum Gemeingut des Auslandes gegenüber derartigen Aeußerungen machen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine jenes Maß seelischen Gleichmuths, für das Fürst Bismarck einmal die durchaus zutreffende lüchlenlateinische Formel geprägt hat: nescio, quid mihi magis sarcimentum esset! (Ich weiß nicht, was mir mehr Wurst wäre!) (Weiterfeit.)

Das innere Jena.

Meine Herren, wenn ich mich nun der heutigen Debatte zuwende, so muß ich allerdings gestehen: meine Voraussetzung, daß seitens der Vertreter der bürgerlichen Parteien hier nicht allzu scharf mit unseren Zuständen ins Gericht gegangen würde, ist leider noch unter troffen worden. (Weiterfeit.) Wenn man die vorsichtigen, ganz „staatsrechtlichen“ Ausführungen der beiden Herren Vorredner auf ihren Kern untersucht, so verwahren sie sich beide gegen die Durchführung des konsequenten demokratischen Parlamentarismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Sehr gut! auf der Rechten.)

Sie sagen: sehr gut! Es tut mir leid, daß die Herren Spahn und Müller sich Ihr „Sehr gut!“ zugezogen haben. (Weiterfeit.)

Die beiden Reden zeigen, daß die Herren die Situation, die hier in Deutschland geschaffen worden ist, nicht in ihrer ganzen Größe erfasst haben. (Widerspruch rechts und links.) Um was es sich hier handelt, das ist ja nicht bloß die Zurückweisung einiger Ausschreitungen des sogenannten persönlichen Regiments; denn was man das persönliche Regiment nennt, das ist doch weiter nichts als die notwendige, unvermeidliche Begleiterscheinung des gesamten scheinkonstitutionellen bürokratischen Regierungssystems (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), unter dem heute noch das deutsche Volk leidet, dieses Volk, das sich das Volk der Dichter und Denker zu sein rühmt (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und das dennoch in dieser wichtigsten Frage des politischen Lebens, der Frage der Mündigkeit, weit zurücksteht hinter anderen vorgezeichneten Kulturvölkern unserer Zeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.)

Daß diese Frage aber aufgerollt werden konnte und aufgerollt werden mußte und wenigstens in ihren Anfängen zur Lösung reif ist, das ist dem Umstande zu danken, daß das, was wir erlebt haben, der Zusammenbruch dieses ganzen bürokratischen Regierungssystems gewesen ist (Widerspruch rechts), der Zusammenbruch, der in verschiedenen Stappen sich durchgesetzt hat, ein Zusammenbruch, den die besten deutschen Patrioten seit langer Zeit erwartet haben. (Rachen rechts.) — Ja, meine Herren, wenn ich von den besten deutschen Patrioten spreche, so meine ich Sie (nach rechts) doch nicht! (Schallende Weiterfeit.)

Ich hatte dabei einen Mann im Auge, den Ihre geistigen Vorfahren feinerzeit genau so gehaßt haben, wie Sie heute die Sozialdemokraten hassen. Ich meine einen Mann, der der größte preussische Staatsmann auf dem Gebiete der inneren Politik geworden ist, den man neulich auch hier in offiziellen Reden gefeiert hat, den Freiherrn v. Stein. Der hat in der Zeit nach dem schmachlichen Zusammenbruch des junkerlich-bürokratisch-militaristischen Regiments bei Jena den Ausspruch getan, er

ersehne auch einen Tag von Jena für die preussische Bureaokratie. Wörtlich sagte er:

Eine Maschinerie, die militärische, sah ich fallen 1806 am 14. Oktober. Vielleicht wird auch die Schreibmaschinerie ihren 14. Oktober haben.

(Zuruf rechts: Die Redemaschinerie!) — Die Redemaschinerie, Herr Dr. Arendt, die haben wir ja erledigt, die Redemaschinerie derjenigen Stelle, die hier vor vierzehn Tagen mit ihren Reden Spießruten laufen mußte. (Heiterkeit.) Wir sprechen jetzt von der Schreibmaschinerie, wie der Freiherr v. Stein, der preussische Ministerpräsident, in der Zeit der Not die preussische Bureaokratie, die verjunktete Bureaokratie genannt hat. Gegen Stein werden Sie wahrscheinlich nicht den Vorwurf des Unpatriotismus erheben wollen. Und ein anderer großer Patriot, den Sie natürlich nicht anerkennen, Johann Jakob, der zuerst in Preußen in den vierziger Jahren die konstitutionelle Frage durch seine „Vier Fragen eines Ostpreußen“ aufrollte, hat im Anschluß an jene Bemerkung des Freiherrn v. Stein gesagt:

Das ist das Gebrechen des teuren Vaterlandes: Beamtenallgewalt und politische Nichtigkeit seiner selbständigen Bürger. Wie über die Krankheit, so ist auch über die Heilmittel bei den Vaterlandsfreunden kein Zweifel: Oeffentlichkeit heißt es und wahre Vertretung.

Meine Herren, aus diesen Worten geht hervor, daß diese Probleme, mit denen wir uns heute noch zu befassen haben, seit der Zeit, da sie zuerst in Deutschland aufgerollt wurden, immer wieder auftauchten und immer wieder austauschen werden, bis sie in der allein richtigen Weise gelöst worden sind. Und, meine Herren, daß tatsächlich das gegenwärtige Regierungssystem zusammengebrochen ist, daß nicht nur einige rednerische Entgleisungen eines Teilnehmers an diesem Regierungssystem zur Verhandlung stehen, erhellt ja aus folgendem: Wenn Sie die Reden und etwaige Interviewäußerungen Kaiser Wilhelms II. vollständig streichen würden, wenn Sie diese Musik, die zu dem Regierungstext gemacht worden ist, nicht gehört hätten, dann würde dennoch das vollständige Fiasko unserer Inlands- und Auslandspolitik in jeder einzelnen Phase genau so zutage getreten sein, wie es besonders prägnant aus der Unvereinbarkeit dieser eben erwähnten Neußerungen mit den Interessen des Volks hervorgetreten ist. Das ist es vor allem, was betont werden muß.

Die Politik der gepanzerten Faust.

Leider ist in manchen Kreisen des Volks infolge der Kritik, die nun einmal geübt werden mußte an jenen Neußerungen, auf die ich nicht weiter eingehen will, der Glaube erweckt worden: wenn nur eine gewisse Bürgschaft dafür gegeben sei, daß solche Neußerungen sich nicht wiederholen würden, dann sei alles in schönster Ordnung. Nein, meine Herren, dann bleibt alles beim alten, und unsere Regierung im Umherziehen wird weiterfahren auf ihr Rundreisebillet von Blamage zu Blamage.

Ich kann selbstverständlich nicht alle Phasen der Politik der letzten Jahre hier erörtern; aber ich sage: nennen Sie mir einmal — um auf diesem Gebiet zu bleiben — eine erfolgreiche Auslandsaktion! Diejenige Aktion, die durch die letzten Vorgänge hier in ein besonders helles

Nicht gesetzt worden ist, die ostasiatische Weltpolitik — was für eine Blamage ist sie gewesen, welche Folgen hatte sie für das Deutsche Reich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie diese ostasiatische Weltpolitik in allen ihren Phasen verfolgen, so zeigt sich bei jeder Gelegenheit die absolute Unfähigkeit unserer regierenden Bureaucratie und Diplomatie, die wirklich treibenden Kräfte in der Weltentwicklung zu beurteilen.

Diese Verständnislosigkeit resultiert naturgemäß aus der ganzen Grundlage unseres Regierungswezens. Unsere Regierung ist eine rein bureaucratistische Regierung; es sind bloß Bureaucraten oder Diplomaten, die einmal infolge irgendeiner Suggestion der Hofdamarilla hier oder da aufgesehen und in ihre Aemter gebracht worden sind. Plötzlich tauchen sie hier auf und machen die Politik. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ah, meine Herren, was ist damals trompetet worden von den außerordentlichen Erfolgen der Weltpolitik in Ostasien! Darauf hatte unsere regierende Kaste ihre größten Hoffnungen gesetzt. Der Herr Reichskanzler Fürst Bülow hat sich hier gerühmt mit dem freundlichen Nächeln, das so gewinnend auf bescheidene Gemüter einwirkt (große Heiterkeit): wir wollen auch einen Platz an der Sonne haben! — als er die Besetzung von Kiautschou rechtfertigte. Und, meine Herren, darüber sind wir uns doch alle klar: wenn wir jetzt in die Seele des Herrn Reichskanzlers mit Röntgenstrahlen hineinzuleuchten vermöchten, wir würden im Innersten seines Herzens den Wunsch finden: wenn wir nur endlich herauskönnten aus diesem Drecknest, ohne uns allzu sehr zu kompromittieren! (Große Heiterkeit.) Aber diese ganze Aktion ging von der absolut falschen Voraussetzung aus, daß die ostasiatischen Völker, die Japaner, insbesondere die Chinesen, dieses Volk von 400 Millionen Menschen, das auf einer relativ hohen Kulturstufe steht für uns eigentlich weiter nichts seien als ein Objekt für weltpolitische Verähtigung der europäischen Staatskünstler, etwa in demselben Sinne, wie einer der offenherzigen junkerlichen Reaktionäre hier gesagt hat, daß die 3 Millionen Sozialdemokraten hier zu Lande eigentlich weiter nichts seien als ein Objekt für die Befehgebung und nicht ein Subjekt. (Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Ich höre da wieder ein „Sehr richtig!“ (Heiterkeit.) Solche Anschauungen sind ein Ausfluß der Grundgedanken dieser absolut unfähigen Bureaucratie (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und ihrer junkerlichen Helfer, die völlig außerstande sind, den wahren Menschenwert zu erkennen und Menschenwürde zu achten bei Leuten, die nicht zu ihrer eigenen Kaste oder ihrer eigenen Rasse gehören. Diesen Grundgedanken der Bureaucratie, der zur Besetzung von Kiautschou, zur Politik der gepanzerten Faust, führte, hat einmal einer der Emissäre dieser Politik mit den schwingvollen Worten gefeiert, „er zöge hinaus, um das Evangelium von Seiner Majestät geheiligten Person zu verkünden den Völkern, die es hören wollen, und denen, die es nicht hören wollen“. (Stürmische Heiterkeit.) Meine Herren, diese Politik ist ja nun vollständig zusammengebrochen. (Lachen rechts. Zurufe. — Glöde.) — Das ist ja eben das Beweismaterial, Herr Präsident! Das Beweismaterial liefern uns die Herren hier; aber wir müssen es doch ausnutzen, um nachzuweisen, daß die gegenwärtigen Regierungsleiter absolut untauglich sind, die Geschäfte des Reichs zu führen. — Diese ostasiatische Politik ist zusammengebrochen nicht infolge der eigenen Erkenntnis der Herren — so weit reicht's nicht — (Heiterkeit), sondern infolge der

historisch politischen Lehren, die ihnen die Japaner erteilt haben. Die ostasiatische Politik hat völlig Schiffbruch erlitten.

Ich will Sie nicht auf die marokkanische Fiskalpolitik verweisen, wo wir auch bisher nur in ganz unnützer und sinnloser Weise, ohne daß dabei ein ernster Zweck verfolgt werden konnte, uns diplomatische Blamagen geholt haben.

Das Fiasko der inneren Politik.

Dieses ganze bürokratische Regierungssystem hat aber auch im Innern Schiffbruch gelitten. Wir haben jetzt die Reichsfinanzreform bekommen. Ich will selbstverständlich auf die Sache selbst nicht eingehen; ich verweise nur auf die eine Tatsache, daß die Regierung mit der Einbringung der Vorlage eigentlich ihre Unfähigkeit, die Finanzen des Landes unter ruhigen Verhältnissen und geordneten Zuständen zu verwalten, offen eingestanden hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie hat außerdem folgendes ungeheuerliche Verfahren eingeschlagen, mit dem sie das Budgetwesen völlig auf den Kopf stellt. Zunächst hat sie für sich ausgerechnet: wenn unsere Vergeudungspraxis ungeändert weitergeht, brauchen wir 500 Millionen; dann hat sie, ehe sie das Budget selbst vorlegte, vom Reichstag diese 500 Millionen verlangt.

Sie sprechen (zum Bundesratstisch) nicht im geringsten von einer wirklichen, grundlegenden Aenderung unseres Verwaltungssystems, das zu Ersparnissen führen könnte, das halten Sie für überflüssig; statt dessen appellieren Sie an den „kategorischen Imperativ einer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe“, damit der Reichstag alles bewillige, was Sie verlangen.

Wenn die Herren von der Regierung wirklich den kategorischen Imperativ einer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe in der eigenen Brust verspürten, dann würden sie nach ihren bisherigen Mißerfolgen auf allen Gebieten beiseite ihre Älten zusammensuchen und ein für allemal darauf verzichten, das Deutsche Reich noch weiter in der Weise zu regieren.

Das parlamentarische Regime, die Forderung des Tages.

Es wird nun hier von dem Herrn Müller-Weintingen im Anschluß an die Worte des Fürsten v. Bülow ausgeführt — das ist der Kern seiner Ausführungen —, er und seine Partei wollten durch ihre Bemühungen das, was Fürst Bismarck als moralische Pflicht anerkannt hat, zur staatsrechtlichen Pflicht machen. Weiter ist er nicht gegangen; alle einzelnen Ausführungen, die er noch gemacht hat, sollten seiner Ueberzeugung nach innerhalb des Rahmens dieser Bemühungen bleiben. Das genügt aber absolut nicht. Um was es sich handelt und was unserer, der Sozialdemokratie Ueberzeugung nach, überhaupt nicht bloß von unserer Partei, sondern weiten Kreisen unseres Volkes, in allen bürgerlichen Parteien verlangt wird, unter den Freisinnigen, den Nationalliberalen und der Zentrums Partei insbesondere — Sie (nach rechts) nehme ich natürlich aus (Heiterkeit) —, ist, daß bei uns ein für allemal das vollkommene parlamentarische Regime durchgeführt wird. Das läßt sich nur dadurch erreichen, daß einerseits neue Machtmittel dem Reichstag

in die Hand gegeben werden, und daß dann diese neuen wie die bestehenden Machtmittel ausgenutzt werden, um es zu erzwingen, nicht zu erbetteln und zu erbitten, sondern zu erzwingen, und zwar im gegenwärtigen Augenblick mit den schon vorhandenen Machtmitteln, daß die Regierung nach dem parlamentarischen System geführt werden soll, daß die Minister ernannt werden aus der Mitte des Reichstags heraus (Seiterkeit), auf Grund der Majoritäten, die sich für die Fortführung der Geschäfte bilden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf auf der Rechten: Sie wollen wohl Minister werden?) Wir kommen selbstverständlich dabei absolut nicht in Betracht (große Seiterkeit), denn wir würden in eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien zur Bildung eines Ministeriums nicht eintreten; aber ich hoffe doch, daß Sie so viel Selbstgefühl haben, daß Sie sich zutrauen, das auch ohne uns machen zu können. (Seiterkeit.)

Nun, meine Herren, der Herr Abgeordnete Müller-Meiningen hat schon auf einen Punkt hingewiesen, in dem ich einmal wieder mit ihm übereinstimme. Er sagt, daß es ein vollkommen haltloser Einwand sei, wenn gesagt wird, ein Ministerium kann nicht abhängen von diesem Reichstag in Deutschland, weil da so viele Parteien sind. Einerseits würde sich das wahrscheinlich machen, daß sich feste Parteikonglomerate bilden. Sie selber haben einen solchen Versuch in dem Bloc gemacht. Weshalb wird denn gerade von den Blocparteien dagegen angegangen? Feste Parteikonglomerate sind im deutschen Reichstag häufig auf verschiedene Art von den bürgerlichen Parteien zusammengebracht worden. Auf solchen Parteikonglomeraten basiert bekanntlich das ganze parlamentarische Regierungssystem in Frankreich, wo nicht, wie in England, zwei Hauptparteien in der Regierung sich ablösen können.

Nun ist eine formale Schwierigkeit dabei allerdings: auf welche Weise soll der Reichstag die Entscheidung treffen, was für ein Ministerium die Geschäfte führen soll oder nicht? In England vollzieht sich das ganz ohne irgendwelche geschriebenen Gesetze auf Grund einer festen, unverbrüchlichen Tradition, die sich infolge langer Kämpfe herausgebildet hat; aber die Wirkung dieser Tradition ist die, daß die Majorität des Unterhauses Minister ernannt. Nicht der König, der nur die Unterschrift darunter setzt, die Majorität ernannt die Minister. Wenn das gegenwärtige Ministerium Asquith aus irgendeinem Grunde das Vertrauen der Mehrheit des Unterhauses verlieren sollte, würde es sofort abtreten, und in Gemäßheit der Tradition wäre der Mann schon designiert, der als Minister berufen werden müßte zur Bildung eines neuen Ministeriums, nämlich der Führer der konservativen Partei, Mr. Balfour. (Zuruf rechts: Es ist doch ein persönliches Regiment in England! — Seiterkeit links und in der Mitte.) — Persönliches Regiment in England? Ja, hören Sie einmal, verehrter Herr Abgeordneter Durckhardt, ich habe wirklich keine Lust, mich hier noch mit derartigen unklaren und ungenauen Ansichten zu befassen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erkundigen Sie sich doch einmal bei irgendeinem Ihrer Fraktionsfreunde, der sich etwas mit englischen Verhältnissen befaßt hat! (Sehr gut! und Seiterkeit in der Mitte und links.)

Es handelt sich hier um das, was die Zeit erfordert, um die Forderung des Tages. So wird es im ganzen Volk verstanden, und um das durchzuführen, sind ja verschiedene Anregungen gegeben worden von unserer Partei und von anderen Parteien, der Reichstag solle den

Reichskanzler wählen. Alles das hat bald dieses, bald jenes Bedenken für die Praxis. Oder es sollte der Monarch veranlaßt werden, sich mit dem Präsidenten in Verbindung zu setzen — was ich für sehr unpraktisch halten würde, da dadurch der Präsident gewissermaßen zu einem politischen Machtfaktor gemacht werden würde, was er nicht sein soll; der Präsident soll den einzelnen Parteien gegenüber Unparteilichkeit bewahren, was ihm ja leider so wie so häufig schwer fällt.

Aber, meine Herren, daß es zu **der Entscheidung des Reichstags über die Bildung des Ministeriums** kommt, das ist absolut notwendig, und es wird dahin kommen! Und wenn sich die Praxis nicht jetzt bei uns einbürgert, wenn Sie im gegenwärtigen Reichstag, wo Sie die Macht haben, das nicht erzwingen, dann wird ein kommander Reichstag es erzwingen. Aber kommen wird es unbedingt! Ein Volk, das zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es mündig sein will, läßt sich die Kabinettsregierung nicht mehr gefallen!

Wie werden denn jetzt bei uns die Minister gemacht? Meine Herren, die Ministerfabrikation (Seiterkeit) vollzieht sich in einer Dunkelkammer, aus der plötzlich ein ganz unbekannter Genius, wie ein Fontanulus aus der Retorte, herausspringt. Was für Persönlichkeiten haben wir hier nicht plötzlich als Minister aufstrahlen sehen! (Erneute Seiterkeit.) Ein früherer Husarengeneral stellt sich eines schönen Tages mit vergnügtem Lächeln als Postminister vor. Weshalb wurde er gerade für die Post ernannt? Es war vielleicht augenblicklich keine andere Balanz da, um einem so vorzüglichen Statpieler seinen gebührenden Platz zu geben! (Große Seiterkeit.) Daß er nachher vom Sessel des Postministers hinübervolligierte auf den Sessel des preussischen Landwirtschaftsministers, na, das hatte noch immerhin die Raison, daß er ein erfahrener Grobschweinezüchter war! (Seiterkeit.) Und daß er uns heute nicht erleuchtet mit seinen merkwürdigen, über die Grammatik hinausgehend stilisierten Reden, das liegt einfach daran, daß er sich schließlich doch noch bei Tüppelkirch u. Co. vor den Bauch gestoßen hat. (Unhaltende Seiterkeit.)

Meine Herren, und der Minister für auswärtige Politik! Wenn es bisher irgendein, von den bürgerlichen Parteien allgemein anerkanntes Axiom gab, so war es das, die auswärtige Politik — das konnte man noch vor kurzem selbst in liberalen Zeitungen lesen — sei eine so geheimnisvolle Kunst, daß nur besonders veranlagte, im diplomatischen Betriebe trainierte Leute tief genug in dieser Kunst eindringen könnten, um den Ministerposten zu übernehmen. Und was haben wir vor ein paar Tagen hier erlebt? Weil der amtierende Staatssekretär des Auswärtigen auf seiner Rundreise irgendwo Unwohlseins halber hatten gelitten war, wurde uns hier im Reichstage in einer der heikelsten Situationen, vielleicht der heikelsten für die Regierung, die jemals in diesem Reichstag gewesen ist (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ein Herr präsentiert, der schmunzelnd die Verhandlungen einschürfte, als wären sie ein gutes Glas Champagner, und dann nach der neuesten Mode von Bukarest (Seiterkeit) hier auswärtige Politik trieb. Ich habe schon viel an Ministern und deren Stellvertretern erlebt. Aber ein derartiges Maß von Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit, wie es der Herr hier zur Schau trug, bis er schließlich vom allgemeinen Gelächter des Reichstags ersticht wurde — — (Große Seiterkeit. — Glöde des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, eine Kritik der Minister und Staatssekretäre in dieser scharfen Form zu unterlassen.

Ledebour: Ja. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, ich habe diese Art Minister nun auch genügend beleuchtet. Ich wende mich jetzt einem etwas höher stehenden Typus zu. (Große Heiterkeit.) Wie ist der Herr Reichskanzler Fürst Bülow in sein Amt gekommen?

Vizepräsident Dr. Paasche: Herr Abgeordneter, das gehört nicht zu dem Gegenstand, der uns beschäftigt. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ledebour: Jawohl, Herr Präsident. Gestatten Sie eine kurze Rechtfertigung. Meine Absicht ist es, nachzuweisen, daß unsere Verfassungszustände ungenügend sind, daß vor allen Dingen auf andere Weise Männer für die Ämter ernannt werden müssen, die die Geschäfte des Landes zu leiten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um das beweisen zu können, ist es doch unbedingt notwendig, aus den Erfahrungen, die wir gesammelt haben, den Nachweis zu erbringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Aber ohne Namen zu nennen, wenn ich bitten darf.

Ledebour: Jawohl. Ein Herr Reichskanzler (stürmische andauernde Heiterkeit) erschien hier eines Tages, kurze Zeit, nachdem er sein Amt übernommen hatte, und auf eine etwas herbe Kritik der Ansichten über innere Politik, die man bei ihm vermutete, sagte er vergnügt: „Aber, meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht! (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), warten Sie doch ab, wie der Hase läuft!“ So etwas dürfte sich kein Reichstag, so etwas dürfte sich kein reifes Volk gefallen lassen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß der leitende Minister ernannt wird, ohne daß überhaupt jemals in der Öffentlichkeit das geringste darüber verlautet ist, was für Ueberzeugungen er hat, ob er seinen Charakter im Kampfe gestählt hat, daß man sich auf die Bestätigung seiner Ueberzeugungen verlassen kann, wie diese Ueberzeugungen auch sein mögen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Das war eine der schwersten Provokationen des Reichstags. Daß der Reichstag sie sich damals hat gefallen lassen — wir Sozialdemokraten haben dagegen remonstriert —, erklärt, weshalb er fortwährend mit derartiger Nichtachtung von den regierenden Kreisen behandelt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einem Volke, wo wirklich das Volk in letzter Linie über seine Geschichte entscheiden soll, da dürfen nur Männer an die Regierung kommen, die ihre Ueberzeugung, ihren Charakter bewährt haben, die als Person ein Programm vertreten (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei den Polen), nicht irgendein Mann, der in irgendwelcher Beziehung sich das Wohlgefallen des zurzeit maßgebenden Favoriten der entscheidenden Kammer erworben hat. (Heiterkeit.) Wo dann der maßgebende Favorit sagt: Bernhard muß nach Berlin! (Erneute Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, das geht nicht so weiter. Wenn der Reichstag nicht einschreitet, wenn er nicht, gestützt auf die öffentliche Meinung, die ihn dazu drängt, das parlamentarische Regierungssystem erzwingt, dann geht es immer in dem alten Gleise weiter. Was ist uns da zu der Zeit, als Fürst Bülow so zwischen Himmel und Erde schwebte, als es einen Augenblick den Anschein hatte, als ob eine Kanzlerkrise kommen könnte,

was ist da alles von aussichtsreichen Reichskanzlerkandidaturen genannt worden! Ein General, dessen hervorragende Staatsmännische Leistung darin besteht, daß er gewöhnt ist, dem Kaiser die Hände zu küssen. (Geisterkeit.) Dann ein hoher Aristokrat, von dem erzählt wird, seine staatsmännische Begabung zeige sich darin, daß er bei intimen Hoffestlichkeiten sich eine wächserne Nase anklebt und sie über einem Kerzenlicht abtropfen läßt. (Große Geisterkeit.) Es wäre zweifellos möglich gewesen, daß einer von diesen Herren, die ich erwähnt habe, zum Reichskanzler ernannt worden wäre.

Und nun frage ich Sie alle von den bürgerlichen Parteien: sehen Sie, die Sie heute das Bürgertum vertreten, die Freisinnigen, die Nationalliberalen, das Zentrum, die Sie alle verschiedenen Nuancen des Bürgertums vertreten, sehen Sie nicht die Notwendigkeit ein, da Wandel zu schaffen? Sie bilden die Mehrheit, und wenn Sie wollen, können Sie selbst ohne Unterstützung — aber unsere Unterstützung ist Ihnen sicher — die Sache durchsetzen. Stellen Sie doch einmal Ihre kleinen konfessionellen Differenzen zurück! Schließen Sie eine treuere Dei (Gottesfrieden) auf vielleicht 5 oder 3 Jahre ab und vereinen Sie sich zur Durchsetzung des parlamentarischen Regimes! Trauen Sie sich denn die Kraft hierfür nicht zu? (Geisterkeit.) Meine Herren, ich will Ihnen wirklich nicht schmeicheln. Aber wer z. B. auf Grund einer dieser Parteikonstellationen entsprechenden Mehrheit berufen würde, das Schatzamt zu übernehmen, sei es Herr Dr. Baasche oder Herr Müller (Fulda) oder Herr Dove (große Geisterkeit), — das werden Sie mir doch alle glauben: erfolgloser als die bisherigen Reichsschatzsekretäre es bisher gemacht haben, können sie es unmöglich machen. (Stürmische Geisterkeit.)

Da möchte ich Ihnen doch ein Wort des alten Biegler zurufen, eines der Vorkämpfer des Bürgertums, der den Bürgern zurief: „Erfüllen Sie sich doch mit dem milden Mute des Junkertums und erobern Sie sich die Macht!“ (Zuruf links.) — Jawohl, Sie können sich die Macht jetzt erobern, weil Sie das Volk hinter sich haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratischen Anträge.

Ich weise hier aber insbesondere auf eine Bestimmung in unserem Antrage betreffend die Ministerverantwortlichkeit hin, die geradezu das Entsetzen des Volkstribunen Abgeordneten Müller (Weinigen) hervorrief. Er sagte: daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag das fordert, das ist unannehmbar! (Widerspruch links.) — Bardon, dann freut es mich, dann werden Sie also dafür eintreten! (Große Geisterkeit.) Gerade auf diese Bestimmung legen wir einen hohen Wert, weil sie eine Möglichkeit gibt, unfähige, den Bedürfnissen des Volkes nicht entsprechende Reichskanzler einfach abzuweisen. Wenn man diese Praxis konsequent durchführte, würde sich damit schon die Notwendigkeit einbürgern, daß nur solche Leute zu Reichskanzlern ernannt werden, die das Vertrauen einer arbeitenden Mehrheit des Reichstags genießen, die dann aus dieser Mehrheit selber ernannt werden müßten gemäß dem Grundsatz, daß nur ein bewährter, als politischer Charakter für politische Ueberzeugungen eintretender Mann überhaupt ernannt werden dürfte.

Was die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes anbelangt, so ist das eine Frage, über die man sich mit den Herren verständigen kann

Ich glaube, wir stimmen da alle überein, daß die Frage, wie der Staatsgerichtshof zusammengesetzt ist, von sekundärer Bedeutung ist. Wir würden unserer Ueberzeugung gemäß die bessere Zusammensetzung, die wir vorgelesen haben, natürlich einer schlechteren vorziehen; aber die Hauptsache ist, daß er vom Reichstage ernannt wird. Wenn ein Staatsgerichtshof aber einmal ernannt ist, wenn er die Möglichkeit hat, auf Initiative des Reichstages hin zu funktionieren, dann ist es im modernen Staatsleben nahezu ausgeschlossen, daß er jemals tatsächlich in Funktion tritt. So hat sich auch — das wird Sie (nach rechts) ja besonders freuen — ein Staatsrechtslehrer der Rechten, Stahl, in den vierziger Jahren ausgesprochen, als er auf diese Frage zu sprechen kam. Die Hauptbedeutung eines solchen Gesetzes liegt in seinem Bestehen. Es ist eine Guillotine, die irgendwo in einer Dunkelkammer steht; jeder Minister weiß, sie kann in Funktion gesetzt werden, — und dann läßt er es eben nicht darauf ankommen.

Wichtiger ist nun die Möglichkeit der fortlaufenden Kontrolle des Reichskanzlers, der Minister. Darin freuen wir uns, mit den Herren von der freisinnigen Partei übereinzustimmen; auch wir wünschen natürlich die Verantwortlichkeit auf ein Gesamtministerium auszuweichen, weil erst ein verantwortliches Gesamtministerium die wirkliche Verantwortlichkeit ermöglicht.

Außerdem, meine Herren, haben wir, um die Machtmittel des Reichstages zu verstärken, wie das durchaus notwendig ist, unsere Geschäftsordnungsanträge eingebracht, von denen ich nach den bisherigen Ausführungen wohl voraussetzen darf, daß sie wenigstens im Prinzip die Zustimmung der bisherigen Redner der bürgerlichen Parteien finden werden. Ich will nur kurz darauf hinweisen, welche Bedeutung die Durchführung dieser Paragraphen haben würde. Vor allen Dingen muß es unmöglich gemacht werden, daß ein Reichskanzler oder ein Minister überhaupt die Erörterung einer Interpellation bereitet, und daher haben wir gegenüber dem gegenwärtigen Zustand, der es in den Händen des Reichskanzlers läßt, den Tag zur Erörterung der Interpellation zu bestimmen, vorgeschlagen, daß innerhalb der nächsten drei Sitzungen die Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Bleibt der Reichskanzler dann fort — er wird es künftig wahrscheinlich weniger leichtfertig tun —, dann hat nach der anderen Bestimmung, die wir vorgelesen haben, der Reichstag direkt die Möglichkeit, eine Resolution gegen ihn zu fassen, die nach Durchführung des parlamentarischen Systems dem Reichskanzler das Bleiben im Amt unmöglich machen würde. Der Reichstag würde aber auch sonst im Anschluß an die Interpellationsverhandlungen wichtige Resolutionen und Anträge fassen können.

Ferner, meine Herren, haben wir noch den § 48 herbeigezogen. Der § 48 ist nämlich auch ein interessanter Beweis dafür, wie ursprüngliche Verfassungsbestimmungen ganz in ihr Gegenteil umgewandelt werden können. Der § 48 ist auf den Art. 9 der Verfassung zurückzuführen. In diesem Art. 9 der Verfassung heißt es:

Jedes Mitglied des Bundesrats hat das Recht, im Reichstag zu erscheinen, und muß daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Majorität des Bundesrats nicht adoptiert worden sind.

Daraufhin ist den Bundesratsmitgliedern besonders das Recht zugestanden, außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen und dieses Recht hat dazu geführt, daß es ganz anders angewendet wird, als der Art. 9 wollte. Dieser Verfassungsparagraph war gegeben, um den „kleinen“ Bundesratsmitgliedern jederzeit das Recht zu eröffnen, die Ansichten ihrer Regierungen der Majorität der Reichsregierung gegenüber zur Geltung zu bringen. Er ist aber dazu ausgenutzt worden, selbst vom Reichskanzler und den einzelnen Regierungsvertretern, um hier aufzutreten und, ohne daß irgendjemand aus dem Hause darauf erwidern und den Kanzler zur Verantwortung ziehen könnte, schwere Angriffe gegen eine Partei des Hauses zu schleudern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben das erst nach den Wahlrechtsdemonstrationen im Anfang dieses Jahres erlebt. Da ist der Herr Reichskanzler hierhergekommen und hat, anstatt die Frage zur Erörterung zu stellen, vor der Tagesordnung das Wort genommen, hat die Wahlrechtsbewegung in Preußen angegriffen und direkt die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht für irgendwelche Vorgänge, die dabei vorgekommen sind. Das darf nicht weiter so fortgehen, daß irgendein Bundesratsmitglied dieses Recht mißbraucht, um sich der Verantwortung auch nur für seine Rede zu entziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb verlangen wir einen Zusatz zu dem § 48 der Geschäftsordnung, der heißt:

Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so ist die Diskussion über seine Ausführungen zu eröffnen.

Der Herr Abgeordnete Müller (Meiningen) hat darauf hingewiesen, es gebe noch sehr viele andere Bestimmungen der Geschäftsordnung, die verbesserungsbedürftig sind. Darin stimmen wir wahrscheinlich alle überein, wir Sozialdemokraten insbesondere. Aber gerade weil es uns darauf ankam, jetzt sofort eine Aktion durchzuführen, haben wir darauf verzichtet, noch weitere Anträge einzubringen, deren Durchsetzung im Augenblick nicht notwendig ist, die aber möglicherweise, wenn sie in einer Kommission zu Verschleppungserörterungen benutzt werden, die Geschichte auf die lange Bank hinauschieben könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gefahr liegt aber in dem Antrag der Freisinnigen, die von einer umfassenden Revision sprechen.

Ich will dabei nur auf eins hinweisen: gerade das, was Herr Müller (Meiningen) anregt, daß auch nach dem englischen Vorbilde des question day besondere Tage im Reichstag eingerichtet werden, an dem Fragen gestellt werden können, hatte ich persönlich in einem Antrag formuliert; aber auf den Rat meiner Freunde, den ich als durchaus richtig anerkannt habe, nahm ich davon Abstand, darauf zu dringen, daß das auch eingebracht wird. Sie sehen also, das Bedürfnis besteht auch bei uns, und wir werden, sobald sich Gelegenheit bietet, darauf zurückkommen. Ich weiß aus meinen eigenen Wahrnehmungen in England, welche außerordentliche Wert für das Parlament in den question days besteht — nicht nur aus dem Grunde, daß damit die fortlaufende Kontrolle der Regierung ermöglicht wird, sondern auch noch aus einem anderen, daß dann die Budgetdebatte von einer Unmenge Ballast befreit werden kann, von Anfragen usw., die jetzt die Debatte ins Unendliche ausspinnen, und die tatsächlich deshalb gegenwärtig ihren Zweck nicht erreichen, weil sie zu spät kommen. Sowie wir einen Anknüpfungstag haben, d. h. einen Tag, an dem etwa 2 Stunden lang fortwährend bloß Fragen gestellt werden, die sofort beantwortet werden, können wir eine

Unmenge Beschwerden erledigen und die Budgetdebatte erleichtern. Auch das würde Vorteile für die Geschäftsordnung haben.

Der Bundesrat nur Dekoration für die preussische Bureaufratie.

Dabei möchte ich noch einen Gesichtspunkt erledigen, der zweifellos — ich glaube, er ist von Herrn Spahn in die Debatte geworfen — noch eingewandt werden wird: wenn wir verantwortliche Reichsministerien, wenn wir das parlamentarische Regime fordern, so verstößt das gegen das föderale Prinzip. (Widerspruch in der Mitte.) Ja, Sie haben aber in einer Beziehung das föderale Prinzip angeführt. Sie haben ausgeführt — (Erneuter Widerspruch.) — Na, das wird sich ja ausweisen. Sie haben ein Wort von Bismarck angeführt, der das föderale Prinzip immer vorbrachte, wenn er seine eigene Macht sichern wollte.

Daß wir auch eine föderale Leitung der Reichsgeschäfte haben, ist auch eine Fiktion. Ebensovienig, wie wir hier ein parlamentarisches oder konstitutionelles System haben, ebensovienig wird durch den Bundesrat das föderale Prinzip gewahrt. Der Bundesrat ist weiter nichts als eine Dekoration für die Regierungsführung durch die preussische Bureaufratie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsregierung ist weiter nichts als ein Appendix des preussischen Ministeriums; die Reichsregierung steht zu der preussischen Landesverwaltung etwa in dem Verhältnis, wie zu dem Hauptetablissement eines Hotels die Dependance. (Geiterkeit.) Das Beispiel paßt auch insofern, als sowohl in dem Hotel wie in der Dependance von dem nämlichen Oberkellner die Trinkgelder einfassiert werden. (Große Geiterkeit.) Es ist ja von Bismarck darauf hingewiesen worden, der Kanzler müsse, um überhaupt etwas zu gelten, preussischer Minister sein, sonst habe er keine Macht hinter sich. Und es ist ja rühmend anerkannt worden, daß der Herr Reichsschatzsekretär Sydow so klug war, sich diese Machtposition zu sichern, um nicht in der Luft zu schweben. Das ist auch ein Beweis dafür, daß in Wirklichkeit die preussische Regierung die Reichsgeschäfte führt, und daß die Herren vom Bundesrat nur dekoratives Beiwerk sind.

Wenn hier vom Reichskanzler oder von seinen Vertretern eingewandt wird, man müsse erst mit den verbündeten Regierungen verhandeln, so ist das hinfällig, denn in allen wichtigen Fragen entscheidet der Wille Preußens. Gegenwärtig ist die Handhabung der Reichsgeschäfte derart, daß sogar die einzelnen Bundesstaaten mehr Schaden leiden, als sie jemals leiden könnten, wenn wir eine einheitliche Reichsverwaltung auf Grund der Macht des Reichstages hätten. Was erleben wir denn für Betätigungen des föderalen Prinzips? Das einzige, was ich bei der Finanzreform bemerkt habe, war, daß hin und wieder der bayerische Herr Bundesbevollmächtigte sich hier in Positur stellte und in einer vornehmen Weise saust mit dem Haupt schüttelte. (Große Geiterkeit.)

Ich will Ihnen den tatsächlichen Beweis führen, wie durch die preussische Bureaufratie gerade die Interessen der Bundesstaaten von der Reichsverwaltung unter der Maske der „verbündeten Regierungen“ verlest werden. In der sogenannten Finanzreform befindet sich die Elektrizitätssteuer, ein Greuel an sich, aber, meine Herren, eine Maßregel in-

Besondere, welche, wie hier ja von verschiedenen Abgeordneten ausgeführt worden ist, die Interessen des bayerischen Volkes schwer gefährdet. (Sehr wahr! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.) Wo blieb denn da der bayerische Bundesratsbevollmächtigte? (Weiterkeit.) Warum hat er nicht das Wort genommen? Ich nehme an, daß die bayerische Regierung im Bundesrate bemüht war, Opposition zu machen. Da ist sie untergepflegt worden durch die Stimmen Preußens und die Stimmen der immer zur Verflügung stehenden allerkleinsten Staaten. Wenn wir nun ein parlamentarisches Reichsministerium hätten auf Grund irgendeiner Reichstagsmehrheit — Sie mögen sie aus den Parteien zusammensuchen, wie Sie wollen —, das die Geschäfte in der Hand hätte, dann frage ich Sie: würde dieses es wagen, eine solche Steuer auch nur vorzuschlagen, die die Interessen der 6 Millionen Bayern vor den Kopf schlägt und auch der übrigen süddeutschen Bundesstaaten? Jetzt ist das für die preußische Bürokratie eine quantité négligeable. Ja, wenn es sich dagegen um die Interessen von ein paar hinterpommerschen Junkern handelt (lebhafteste Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten), da werden hier sofort vom Bundesratsstische aus die berechtigten Interessen dieses preußischen Landesteils geltend gemacht.

Diese Beispiele ließen sich noch vermehren. So hat z. B. Herr v. Payer auf die Württemberg verlezende Weinsteuer hingewiesen. Diese Beispiele müßten Sie doch überzeugen, daß es tatsächlich eine Fiktion ist, wenn man davon spricht, daß das föderale Prinzip durch den Bundesrat gewahrt würde. Gerade das Interesse der einzelstaatlichen Bevölkerung wird sicherer gewahrt, wenn ein Reichsministerium infolge der tatsächlichen Ernennung durch den Reichstag die Geschäfte führt.

Die Machtmittel des Reichstages.

Nun fragt es sich, meine Herren: wie sollen die Verfassungsänderungen durchgeführt werden? Wenn Sie in der Weise operieren, wie die beiden Herren Vorredner das wollen, dann werden Sie gar nichts erreichen! Sie wollen so vorgehen, daß Sie auf die freudliche Vereinbarung mit den Herren von der Bundesregierung sich verlassen. Bei allen Anträgen, die der Bundesregierung un bequem sind, wird es dann zu nichts kommen; sie verschwinden einfach im Papierkorb. Vielleicht noch Jahre hindurch werden Sie verfröhtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere daran, daß der Abgeordnete Traeger vor einiger Zeit aus seiner langjährigen Parlaments erfahrung erzählt hat: seit 30 Jahren habe ich das erlebt, daß hier Wünsche über die Justizform, Anträge und alles Mögliche vorgebracht wurden; immer kam vom Bundesrat die Auskunft: wir ziehen die Sache in Erwägung — und sie erwägen das nun schon 30 Jahre lang und erwägen immer noch weiter. (Weiterkeit.) Glauben Sie, daß Sie dabei besser fahren werden, wenn Sie den Herren die Möglichkeit lassen, die Verfassungsreform in der Weise zu erledigen? Die Verschleppung würde einsehen, und Sie würden nichts erreichen, solange Sie nur vereinbaren wollen, solange Sie nur bitten und die Machtmittel, die Sie haben, nicht ausnützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie demnach so operieren, wie es Herr Dr. Müller (Meiningen) vorschlägt, wenn Sie bitten, so erreichen Sie nichts. Aber wir haben

die Möglichkeit zu fordern, zu zwingen. Sie brauchen bloß zu erklären, wenn eine Majorität im Reichstag sich dafür zusammenfindet, daß Sie unter keinen Umständen sich jetzt auf irgendwelche Zugeständnisse in der Finanz- und Budgetfrage einlassen, daß Sie nicht eher verhandeln, als bis die notwendige Verfassungsreform durchgeführt ist; daß Sie es ablehnen, mit den Herren zu verhandeln, so wie diese es bisher stets abgelehnt haben, mit Ihnen zu verhandeln, wie sie es auch heute abgelehnt haben, mit Ihnen zu verhandeln, wenn ihnen die Sache unbequem ist. Ich sage, wenn Sie das tun, so entstehen zwei Möglichkeiten: entweder, was das Klügste wäre, die preussische Regierung gibt als „Verblindete Regierungen“ nach. Aber da die preussische Regierung niemals das Klügste tut (Heiterkeit), und es also nicht wahrscheinlich ist, so erwarte ich das nicht. Das Wahrscheinlichste ist, daß der Reichskanzler Fürst Bülow oder, wenn er nicht mehr mitmachen will und sich nach Klein-Plottbeck zurückzieht, ein aus der Retorte plötzlich auftauchender Reichskanzler, selbstverständlich unter der Assistenz der sämtlichen Minister, erklärt: das geht nicht, das verletzt die Interessen des Vaterlandes, wir lösen den Reichstag auf!

Ja, meine Herren, etwas Besseres können Sie sich gar nicht wünschen. Wenn unter der Parole: entweder die Fortführung des bisherigen Regierungssystems, des scheinonstitutionellen, bürokratischen junkerlichen Regierungssystems oder die Durchführung des demokratischen Parlamentarismus eine Reichstagsneuwahl vorgenommen würde, so würden ja samt und sonders diejenigen Parteien, die sich auf den Boden des Parlamentarismus stellen, einen gewaltigen Aufschwung nehmen, eine gewaltige Begeisterung bei ihren bisherigen Anhängern und den neuen Anhängern, die sie vielleicht noch erwerben könnten, erreichen. Dann würden unter allen Umständen diejenigen Leute, die es wagen würden, das Kamarilla- und Kabinettsystem zu beschützen, weggefegt werden. Um so sicherer würde dann die Durchführung des parlamentarischen Regimes sein. Sie würden durch dieses Auftreten aber auch noch etwas anderes erreichen, nämlich die Beunruhigung aus dem Auslande wegschaffen, das jetzt durch die offizielle Politik und durch unoffizielle Reden fortwährend beunruhigt wird. Sie würden es erreichen, daß die Befürchtung, daß Deutschland in einen Krieg gegen irgendwelche Nation eintrete, um sich aus seinen inneren Wirren zu retten, schwinden würde, wenn Sie für den Reichstag auch das Recht der Mitwirkung über Krieg und Frieden erringen würden. Sie würden dadurch für den Frieden wirken, wenn Sie den Mut hätten, die Macht zu benutzen, die Ihnen jetzt die günstigen Umstände in die Hand gegeben haben.

Leider ist die Taktik der Machtansnutzung sogar von freisinniger Seite gekennzeichnet worden als eine Erpresserpolitik. Welch ein Tiefstand der Selbstachtung liegt darin, wenn ein Abgeordneter die berechnete Ausnutzung der parlamentarischen Machtmittel als Erpresserpolitik kennzeichnet! Das zeigt doch, daß, wer das sagt, sich gegenüber der Regierung als ein Bettler betrachtet, der, wie der Bürgermeister Kirchner am Brandenburger Thor vor fremden Königen, vor der Reichsregierung mit dem Hut in der Hand herumbuckelt, ob sie nicht so gnädig sein will, irgendwelche KonzeSSION zu gewähren.

Nun, meine Herren, Sie haben die Möglichkeit infolge der überall im Volke herrschenden Mißstimmung, eine wirklich demokratisch-parlamentarische Regierung zu erlangen, und da Sie die Möglichkeit in der

Hand haben, müssen Sie sie auch benutzen. Das sollte Ihnen wirklich der kategorische Imperativ einer glühenden Vaterlandsliebe sagen. Wenn Sie doch nur den Mut dazu hätten, sich endlich mit dem Selbstbewußtsein freier Männer zu erfüllen! wenn Sie sich der Ehre bewußt werden wollten, die das deutsche Volk Ihnen erzeigt, indem es Ihnen das Vertrauen entgegenbringt, daß Sie in diesem Sinn für seine Interessen handeln!

Meine Herren! Beseelen Sie sich mit dem Willen zur Macht, mit dem Mut zur Tat und sorgen Sie dafür, daß endlich in deutschen Landen

des Volkes Wille das höchste Gesetz wird!

* * *

Diese Aufforderung der Sozialdemokratie ist auf taube Ohren gefallen. Keine einzige der bürgerlichen Parteien Deutschlands hat den Mut gezeigt, die Machtmittel des Reichstages zur Erzeugung der bürokratischen Kabinettsregierung durch den demokratischen Parlamentarismus auszunutzen; keine einzige bürgerliche Partei hat die Forderung des Tages verstanden, keine einzige will sich zum Werkzeug des Willens eines mündigen Volkes machen!

Da appellieren wir Sozialdemokraten an das gesamte Volk, uns zu unterstützen in dem Kampf zur Erringung seiner Rechte.

Tretet ein in unsere Organisationen!

Erhebt mit uns den Ruf:

Fort mit der Kammerillaregierung!

Platz für die Selbstregierung des

Volkes!

z

11. 06

Hand haben, müssen Sie sie auch benutzen. Das sollte Ihnen wirklich der kategorische Imperativ einer glühenden Vaterlandsliebe sagen. Wenn Sie doch nur den Mut dazu hätten, sich endlich mit dem Selbstbewußtsein freier Männer zu erfüllen! wenn Sie sich der Ehre bewußt werden wollten, die das deutsche Volk Ihnen erzeigt, indem es Ihnen das Vertrauen entgegenbringt, daß Sie in diesem Sinn für seine Interessen handeln!

Meine Herren! Beseelen Sie sich mit dem Willen zur Macht, mit dem Mut zur Tat und sorgen Sie dafür, daß endlich in deutschen Landen

des Volkes Wille das höchste Gesetz wird!

* * *

Diese Aufforderung der Sozialdemokratie ist auf taube Ohren gefallen. Keine einzige der bürgerlichen Parteien Deutschlands hat den Mut gezeigt, die Machtmittel des Reichstages zur Ersetzung der bürokratischen Kabinettsregierung durch den demokratischen Parlamentarismus auszunutzen; keine einzige bürgerliche Partei hat die Forderung des Tages verstanden, keine einzige will sich zum Werkzeug des Willens eines mündigen Volkes machen!

Da appellieren wir Sozialdemokraten an das gesamte Volk, uns zu unterstützen in dem Kampf zur Erriingung seiner Rechte.

Tretet ein in unsere Organisationen!

Erhebt mit uns den Ruf:

Fort mit der Kamarillaregierung!

Platz für die Selbstregierung des

Volkes!

z



xrite

colorchecker CLASSIC



100mm